

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

4.6.1923 (No. 126)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangelegenheiten:
Chefredakteur
C. Amen d.
Karlsruhe.

Werbung: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Juni 6000 M. — Einzelnummer 250 M. — Anzeigengebühr: 160 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bereit. Bei Anzeigen, die eine Beteiligung an der Verbreitung der Zeitung betreffen, wird der Redaktion der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bereit. Bei Anzeigen, die eine Beteiligung an der Verbreitung der Zeitung betreffen, wird der Redaktion der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bereit. Bei Anzeigen, die eine Beteiligung an der Verbreitung der Zeitung betreffen, wird der Redaktion der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern bereit.

Die Franzosen als Helfershelfer des Aufruhrs.

Um was es sich auch bei den Unruhen im Ruhrgebiet gehandelt haben mag, jedenfalls steht eines fest: diese Unruhen hätten nie solche Ausdehnung gewonnen, hätten die Franzosen sie nicht unterstützt und ihre Ausbreitung gefördert. Indirekt durch die Vertreibung der Polizeibehörde, direkt dadurch, daß sie, entgegen ihren so rigoros durchgeführten Verbot der Waffen- und Munitionstransporte, die Aufrührer sich bewaffnen und von ihren Waffen Gebrauch machen ließen. Selbst ein „Zusammenarbeiten“ des französischen Militärs mit dem Aufständischen wurde beobachtet. Wir sagen ausdrücklich „Zusammenarbeiten“. Sicher haben bei der ganzen Einstellung dieser Partei, Kommunisten als solche die Zustände im Ruhrgebiet für ihre politischen Zwecke auszunutzen versucht. Darüber gibt es keinen Zweifel. Aber als ebenso sicher kann angenommen werden, daß wirklich politisch denkende und handelnde Kommunisten von dem Treiben des Aufständischen abtrüben, und daß sie nie sich bereit gefunden hätten, zu einer drastischen Brüderschaft mit dem französischen kapitalistischen Militarismus, wie sie an verschiedenen Stellen unüberlegt fähiggestellt wurde. Es kann sich dabei nur um Gesindel gehandelt haben, das die Unruhen unter kommunistischer Flagge zu Staub und Asche zu machen wollte. Nur durch solches Gesindel kann das französische Militär, gerade weil dieses als eine waffengewaltige Macht im Ruhrgebiet gegen Haus und Hündeneinmarsch, als „Freunde“ begrüßt werden.

Wichtig ist auch, daß die Franzosen zur Erlangung ihrer Ziele sich im Ruhrgebiet, genau wie sie es im Saargebiet getan haben, der radikalen kommunistischen Elemente bedienen wollten. Weil sie hofften, durch diese Unruhen hervorgerufen und dadurch die Stimmung der Bevölkerung zu unterwühlen und gemühen zu können. Nicht ohne tatsächliche Unterlagen für seinen Bericht empfahl der Deputierte Margaine bei der großen Ruhrdebatte in der französischen Kammer am 23. Mai als Ultima ratio: die Grube in Ruhrgebiet mit Hilfe der kommunistischen Arbeiter, wenn Deutschland kein Entgegenkommen zeigt. Die franz. Regierung wird natürlich nie u. nimmer einen solchen Vorschlag öffentlich gutheißen oder ablehnen. Aber es gibt Beweise genug, daß Frankreich, d. h. die französische Regierung, direkt und durch ihre Agenten indirekt mit allen, die der Reichsregierung und dem deutschen Volkssinn entgegenwirken, in Verbindung stehen und ihnen ihre Unterstützung leisten. Beweise genug, um auf das Geringste zu schließen zu können. Wiederholt wurde von deutschen Zeitungen berichtet, daß Kommunisten sich des besonderen Schutzes und Wohlwollens der Franzosen erfreuen, daß ihnen Demagagien willig Gehör geschenkt wird, daß kommunistische französische Ausweise als „güldene civile“ besitzer und ungehindert Wasser tragen. Auch der englische Berichterstatter der „Times“, der Augenzeuge der Plünderungen der Aufrührer in Gelsenkirchen war und persönlich mit deutschen Kommunisten zusammen kam, meldet, zahlreiche Kommunisten hätten erklärt, die Franzosen seien ihre Freunde. Es sei ein Korb der Plünderung und Zerstörung losgelassen, der sich über das ganze Ruhrgebiet verbreiten könnte. Die Unruhen hätten leicht durch wenige Polizeibeamte unterdrückt werden können, aber die Polizei sei ja von den Franzosen ausgewiesen.

Aus einer ganzen Reihe von Tatsachen seien hier nur einige besonders prägnante, amtlich nachgeprüfte Fälle herauszugreifen, die eine aktive Unterstützung der Aufständischen durch die Franzosen einwandfrei beweisen. Bereits am ersten Tage der Wiltheimer Unruhen sind verschiedentlich französische Soldaten mit bewaffneten deutschen Aufrührern zusammen gesehen worden. Auf der Schloßbrücke hat ein französischer Posten Seite an Seite mit schwerbewaffneten (Karabiner und Infanteriegewehr Mod. 98) Aufrührern gestanden. Mädelstücker der Aufrührer konnten unbehindert in der französischen Kaserne bewaffnet aus- und eingehen. Sie erwiehen dabei französischen Offizieren und Soldaten militärische Ehrenbezeugungen. Aufrührerische Elemente, darunter alte Zuchthäusler, durften Waffen tragen, wogegen deutsche Kriminalbeamte, die am Rathaus Posten standen, von französischen Offizieren bis auf die Strümpfe nach Waffen untersucht wurden. Ein verhafteter Aufrührer hat zu Protokoll ausgesagt, daß die Franzosen nicht nur die Bildung von Bänden gebildet haben, sondern ihnen auch mehrere Gewehre und Karabiner ausgehändigt hätten. Das Interesse der Franzosen, in Mülheim den Aufrührern zum Siege zu verhelfen, zeigte sich klar am zweiten Aufbruchstage, wo die Franzosen während der Unruhen aus einem Flugzeug in Mengen Flugblätter über Mülheim herabwarfen, um die Arbeiterschaft gegen die Regierung Cuno aufzuheizen. Eine Reihe von Personen, die den deutschen Behörden als Führer der anarcho-syndikalistischen Jugendbewegung bekannt und sich bereits früher in hervorragender Weise an Unruhen beteiligt hatten, wie z. B. Hans, Behner, Radtke, wurden bei ihrer Vernehmung durch deutsche Behörden, die auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft erfolgten, von französischen Soldaten und bewaffneten Aufrührern dem Nachbarn der Behörden entzogen. Deutsche Beamte wurden von bewaffneten Kommunisten verhaftet und in die französische Kaserne gebracht, wo sie ohne jede Veranlassung mißhandelt wurden.

Wesentlich der Unruhen und der fürchterlichen Verwüstungen im Polizeipräsidium in Gelsenkirchen am 23./24. Mai ist amtlich ermittelt worden, daß als es am 23. am Alten Markt zum Zusammenstoß zwischen dem Selbstschutz, der Freiw. Feuerwehr und den Feuerwehren der Beiden „Consolidation“ und „Alten-Elbe“ einerseits und den bewaffneten Kommunisten andererseits kam, die französischen Posten vom Telegraphenamt am Bahnhof her ihre Gewehre auf den Selbst-

schutz und die Mitglieder der Feuerwehr angelegt und wiederholt geschossen haben. Angehörige des Selbstschutzes haben schwere Schußwunden erhalten, die, wie einwandfrei festgestellt worden ist, nur durch französische Geschosse verursacht worden sein können. Also auch im Falle Gelsenkirchen ist zu konstatieren, 1. daß die Kommunisten über Schusswaffen verfügen und diese in der Öffentlichkeit tragen, ohne von den Franzosen deswegen bestraft zu werden; 2. daß die Franzosen mit den Aufrührern in Verbindung stehen und letztere durch ihre Eingriffe aktiv unterstützen.

Der „Vorwärts“ und bürgerliche Blätter veröffentlichen gerade zu dieser Zeit die Mitteilung eines kommunistischen Führers Scierich in einer Streiberammlung in Goerde, die ein scharfes Schlaglicht auf die französischen Machenschaften wirft. Danach hat vor 14 Tagen, gelegentlich einer kommunistischen Funktionärerversammlung im Konradshof in Dortmund, ein Redner namens Scheibel aus Berlin mitgeteilt, er habe mit den Franzosen über ganz bestimmte Fragen verhandelt. Ein französischer General habe an die KPD. das Ansehen gestellt, im Ruhrgebiet die Materrepublik auszurufen. Die kommunistischen Unterhändler hätten verlangt, daß ihnen dafür von den Franzosen Maschinengewehre und Munition zur Verfügung gestellt werde. An dieser Forderung seien die späteren Verhandlungen gescheitert. Scierich bestätigte seine Angaben auf dreimalige Fragen auf ihre Richtigkeit bestimmt.

Es wird wohl niemand glauben, daß die französischen Militärs und Diplomaten um der Materrepublik willen mit den Kommunisten verhandelt haben. Diese Materrepublik wäre nichts anderes geworden als die erste Republik der Franzosen. Darum wohl auch das Zurücktreten des französischen Generals vor der Aushändigung von Maschinengewehren und Munition an die Kommunisten. Diese sollten nichts anderes sein, als Mittel in der Hand Frankreichs, um das französische Ziel zu erreichen.

Aus alledem erhellt aber, daß Frankreich nicht davor zurückschreckt, mit allen, selbst den gefährlichsten Mitteln, dem bewaffneten Aufrührer seine Ziele in und gegen Deutschland zu erreichen. Deutschland soll unter allen Umständen in den Abgrund getrieben werden! Nicht Reparationen, sondern politische Ziele, die Zerstörung der deutschen Reichseinheit und die Abtrennung der weithin deutschen Gebiete, in irgend einer Form vom deutschen Volksganzen, bestimmen das Handeln Poincarés, ob er sich öffentlich dazu bekennt oder sie unter dem Deckmantel weniger kompromittierender Schlagworte verpackt. Sie zu erreichen, ist ihm jedes Mittel heilig. Nur unter diesem Gesichtspunkt ist es zu verstehen, daß General Denigues das Eruchen der deutschen Regierung abgelehnt hat, deutsche Polizei zur Unterdrückung der Aufrührer in das Einbruchgebiet zuzulassen, aus dem Sanktionsgebiet polizeilichen Schutz herauszunehmen, dem es ein Leichtsames gewesen wäre, die Ordnung schnell wieder herzustellen. Alle Schuld an den Greueln und dem verheerenden Blut fällt auf die französische Regierung. Möge sie die Verantwortung dafür tragen.

Politische Neuigkeiten.

Die Reparationsfrage.

Berlin, 2. Juni. Reichskanzler Dr. Cuno hat heute nachmittag in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen Dr. v. Rosenbergs die Parteiführer des Reichstags neuerdings empfangen. Ein fertiges Ergebnis der Beratungen innerhalb der Regierung wird der Kanzler den Vertretern der Reichstagsfraktionen noch nicht mitgeteilt haben, weil ein solches Ergebnis immer noch nicht vorhanden ist. Es scheint jetzt allerdings, als ob wenigstens in bezug auf das Ausmaß eines neuen deutschen Angebotes, keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten mehr zwischen der Regierung und den Fraktionen beständen. Da man diesmal feste Jahresleistungen anbieten wird, wird die angebotenen Leistungen einen Gegenwertwert darstellen, der sich in der Größenordnung des ersten Angebotes bewegt. Unklar scheint immer noch die Frage der Garantien zu sein. Die Regierung will offenbar noch mit Vertretern der verschiedenen Wirtschaftsgruppen, die in dieser Woche begonnenen Besprechungen zu Ende führen und sich dann erst über die spezielle Form eines Garantievorschlages schlüssig machen. Man rechnet jetzt damit, daß die neue deutsche Note nicht vor Mitte dieser Woche an die alliierten Mächte abgehen wird.

Paris, 2. Juni. Der Londoner Korrespondent des „Temps“ meldet: Herr Baldwin sei geneigt, unmittelbar im Anschluß an die französisch-belgische Besprechung in Brüssel zu einer Aussprache über das Reparationsproblem nach Paris zu kommen, falls er mit einiger Sicherheit darauf rechnen könne, daß diese Reise zu positiven Ergebnissen führen werde. Der Wiserfolg der Januarverhandlungen und die daraus dem Kabinett Bonar Law entstandenen Schwierigkeiten machen es jedenfalls begründet, daß die neue englische Regierung in die Gemeinschaft der Alliierten nur dann wieder voll und ganz einzutreten wünsche, wenn sie die Gewißheit habe, daß die Probleme der Reparationen und der interalliierten Schulden in der nächsten Zeit einer definitiven Lösung entgegengeführt werden können. Man erkenne in London an, daß die Vermittlung dieser Wünsche mehr noch von der Art der nächsten deutschen Vorschläge als von den Dispositionen der französischen Regierung abhängen, und verweise in diesem Zusammenhang darauf, daß Deutschland sich neuen sicheren Entschärfungen aussetzen müsse, wenn es wiederum glaube, von England auf besondere Schonung rechnen zu dürfen.

Die Form dieser Meldung und der Kommentar, den ihr das Blatt widmet, lassen es nicht als unabweisbar erscheinen, daß es sich hier um einen offiziellen Führer der englischen Re-

gierung handelt. Umso bemerkenswerter ist es, daß man in Paris von der Aussicht auf eine solche Aussprache nichts weniger als entzückt zu sein scheint.

Das Blatt schreibt, es wisse nicht, ob die englische Regierung bereits bei Herrn Poincaré direkt sondiert habe und ob sie demgegenüber dazu kommen werde, ihre Absichten zu veröffentlichen. Offenbar wolle Baldwin sich mit der französischen Regierung über die neuen deutschen Vorschläge unterhalten; man werde diese also zunächst abwarten müssen. So sehr man sich in Frankreich freue, wenn es zu einer Aussprache zwischen den Regierungschefs der beiden Länder komme, so tue doch Baldwin gut daran, wenn er sich zuvor darüber Gewißheit verschaffe, daß seine Reise wirklich zu einem positiven Ergebnis führen könne. Das klingt nicht gerade sehr ermutigend für den neuen englischen Premierminister.

Paris, 3. Juni. Die Dispositionen für die Brüsseler Konferenz sind neuerdings geändert worden. Herr Poincaré wird am Mittwoch von einem ganzen Stabe von Ministern begleitet sein. Es werden von französischer Seite u. a. der Finanzminister de Lasteyrie, der Kriegsminister Maginot, der Minister für öffentliche Arbeiten Le Trocquer und der Direktor im Ministerium des Außeren, Breitt, teilnehmen. Angekündigt werden auch der französische Oberlandkommissar Triand und General Degoutte in Brüssel erwartet. Die Blätter schließen daraus, daß die Verhandlungen, für die nur ein Tag vorgesehen ist, in erster Linie den technischen Problemen gelten. Es soll u. a. die oft diskutierten Frage der Einführung einer eigenen Währung für die besetzten Gebiete, die durch den Marktzug besondere Aktualität erlangt hat, der Ausbau der belgisch-französischen Eisenbahntrasse und eine Änderung des Zollwesens auf der Tagesordnung stehen.

Über die politische Bedeutung der Konferenz hielten sich die Blätter in Schwiegen. Die aus Brüssel vorliegenden Meldungen lassen jedoch erkennen, daß die belgische Regierung entschlossen ist, sich diesmal durch keinerlei Währungsänderungen von der Diskussion der über die prinzipielle Seite der Ruhrpolitik zwischen Brüssel und Paris bestehenden Meinungsverschiedenheiten abbringen zu lassen. Wenn von französischer Seite betont wird, daß der Wunsch der belgischen Regierung nach einer Verständigung mit der Gesamtheit der Alliierten und nach einer endgültigen Liquidation des Reparationsproblems keineswegs Vorrang auf die Ruhrpolitik bedeute, so ist das was man in Brüssel darunter versteht, sehr wesentlich verschieden von dem, was man in Paris will. Das „Echo de Paris“ deutet diesen Gegensatz an, wenn es darüber sagt, daß das von beiden Regierungen gemeinsam aufgestellte Ziel der Räumung des Ruhrgebietes nach Maßgabe der deutschen Zahlungen den mannigfachen Aussetzungen Raum lasse und von Herrn Poincaré verlangt, daß er in Brüssel dieser Unklarheit ein Ende mache. Man müsse sich endlich darüber klar werden, ob diese Forderung bedeute, daß Frankreich und Belgien sich lediglich auf eine Kontrolle und die Offenhaltung der Möglichkeit beschränken wollten, die Politik vom 11. Januar wieder aufzunehmen, falls Deutschland das ihm auferlegte Programm nicht erfülle, oder ob damit gemeint sei, daß die Alliierten Essen und andere wichtige Punkte, von denen aus der gesamte industrielle Apparat beherrscht wurde, in der Hand zu behalten und die Einzigeinigung gewisser Einrichtungen fortzusetzen beabsichtigen, nicht nur, um sich selbst ein Minimum von Einkünften zu sichern, sondern um damit gleichzeitig den Druck auf das unbefestete Deutschland weiterhin auszuüben.

Die Untersuchung über die Saarregierung.

Paris, 2. Juni. Nach der Darstellung der Ghabasagentur scheint die Meldung des „Petit Parisien“, wonach zwischen der englischen und der französischen Regierung bereits eine Verständigung über die Zurückziehung des englischen Antrages auf Einsetzung einer Untersuchungskommission im Saargebiet stattgefunden habe, den Tatsachen vorauszuweichen, insofern als sie die in Paris gewünschte Regelung bereits als die Tat genommen hat. Aus der offiziellen Darstellung ergibt sich, daß die französische Regierung gestern in London eine Note hat überreichen lassen, in der sie die Legalität des englischen Standpunktes bestritt und die von der Regierungskommission für das Saargebiet erlassene Verordnung als zu Recht erlassen nennt. In den unterrichteten Kreisen habe man jedoch den Eindruck, daß eine Annäherung zwischen den Auffassungen beider Regierungen möglich sei, und daß die englische Regierung dabei sicher der von Paris kundgegebenen Absicht, die Verordnung abzumildern, Rechnung tragen werde.

Wie auch die Angelegenheit sich weiter entwickeln mag, so hat jedenfalls die französische Regierung mit ihrem Angebot in London zum ersten Mal offiziell eingestanden, daß im Saargebiet nicht die vom Völkerbund eingeleitete „unparteiliche“ Regierungskommission, sondern sie selbst regiere, ein Grund mehr, daß sich der Völkerbund mit der Angelegenheit befassen wird.

Poincaré und Daudet.

Paris, 3. Juni. In der Interpellationsdebatte wegen der Überfälle kommunistischer Banden am demokratische Politiker hat der Minister des Innern am Freitag erklärt, die Regierung habe die Beweise von dem Bestehen einer über ganz Frankreich verbreiteten Organisation in der Hand, deren Ziel es sei, Unruhen zu provozieren. Sie kenne die Namen der leitenden Persönlichkeiten und ihre Pläne, und sie werde mit rücksichtsloser Strenge vorgehen. Am Samstag ist Herr Poincaré nach Paris zurückgekehrt, und heute melden die Blätter, daß die von dem Minister des Innern angekündigte „Verfolgung des Komplotts“ eingeleitet sei, und daß lediglich die bei dem Attentat direkt Beteiligten strafrechtlich verfolgt werden sollen. Vor-

diesen befinden sich bisher lediglich drei in Haft, obwohl der Polizei die Liste sämtlicher der Organisation angehörender Mitglieder in die Hand gefallen ist. Nach den Mitteilungen der demokratischen Organisation sollen noch nicht einmal bei den durch die aufgefundenen Briefschaften am stärksten kompromittierten Führern Untersuchungen stattgefunden haben.

Die nunmehr offenkundige Tatsache, daß Herr Poincaré selbst es ist, der seine schützende Hand über Herrn Daubet, die „Action Française“ und ihren fascistischen Anhang hält, hat in den demokratischen Kreisen starke Erregung hervorgerufen. Mehrere Parlamentarier wird die Absicht zugesprochen, die am Freitag durch ein Vertrauensvotum für die Regierung abgeschlossene Debatte am Dienstag wieder zu eröffnen und von Herrn Poincaré Rechenschaft zu fordern. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es dabei zu einer entscheidenden Auseinandersetzung über die innere Politik kommen wird, in der die Position der Regierung weit weniger solid ist als auf außenpolitischem Gebiet.

Tirpitz!

Berlin, 3. Juni. Kurz vor dem Abschluß der Beratungen der Reichsregierung über ihre neue Note melden sich im „Berliner Lokalanzeiger“ ein Mitarbeiter von besonderem Grade in der Person des Großadmirals v. Tirpitz, der in der Einleitung seines Artikels sagt, daß er sich die Bekämpfung des „Schleims Bethmann“ zur Lebensaufgabe gemacht habe, sieht auch die Politik der nachrevolutionären Zeit durch die Brille an, die vor und im Kriege seinen politischen Blick zum Schaden des deutschen Volkes getrübt hat. Auch das Kabinett Cuno glaubt er dem System Bethmann bereits verfallen, und deshalb nimmt er sich die Freiheit, ihm den Entwurf einer Antwort auf die letzte Note der englischen Regierung gleich selbst anzubieten. Die Reichsregierung soll nach seinem Vorschlag der englischen Regierung mitteilen, sie sei bei ihrer Note vom 2. Mai von der Annahme ausgegangen, daß Lord Curzon sich in seiner Rede als wohlwollender Vermittler in dem Konflikt mit Frankreich habe hinstellen wollen. Da aus der englischen Antwort das Gegenteil hervorgehe, bleibe der Reichsregierung nichts anderes übrig, als auf weitere Verhandlungen heute zu verzichten. Sollten, so fügt Tirpitz hinzu, die Engländer dann doch glauben, daß Verhandlungen in ihrem eigenen Interesse lägen, so würde sie die deutsche Ablehnung nicht daran hindern. Deutschland käme dann aber in einem andern Format an den Verhandlungstisch als nach hingewonnener Demütigung.

Herr v. Tirpitz scheint, wie die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, diese frivole Albernheit wirklich als ernüchterten politischen Rat vorbringen zu wollen. Ist das wirklich der Fall, dann kann sich niemand wundern, daß die deutsche Politik der Kriegs- und Vorkriegszeit, die jahrelang unter seinem mitverantwortlichen Einfluß stand, mit einem so fürchterlichen Fehlschlag geendet hat.

Geständnisse des früheren französischen Finanzministers François-Marsal.

Man schreibt uns: Die gesamte Nachkriegspolitik Frankreichs Deutschland gegenüber hat nur ein Ziel, nur einen Sinn; die Zertrümmerung der Reichseinheit, um die Vernichtung der politischen und wirtschaftlichen Stützkräfte Deutschlands zu erreichen! Das ist so klar erkennbar, daß es kaum noch der Beweise bedürfte, und doch ist es für die deutsche Öffentlichkeit nützlich, von Zeit zu Zeit auf die tatsächlichen Verhältnisse aus französischer Sicht zu blicken. Unsere Beurteilung wäre zweifellos weniger lebhaft, wenn der Vertrag von Versailles unsere Beziehungen zu Deutschland gemäß den Forderungen der Logik (1) und der Gerechtigkeit geregelt hätte, d. h. wenn wir der Vertrag mit den einzelnen deutschen Staaten und nicht mit dem geeinten Reich abgeschlossen hätten. Diese offenherzigen Worte des ehemaligen Finanzministers François-Marsal auf der kürzlich in Rouen stattgefundenen „Tagung der Familien Frankreichs“ beleuchten

ebenfalls wie die Clemenceau zugeschriebene Äußerung: „Es gibt 20 Millionen Deutsche zu viel“ die Lage bisächtig. Trotz seines mit Hilfe zahlreicher Verbündeter erlangten Sieges zittert Frankreich vor der Zukunft, möchte es das Gesetz der Entwicklung zu seinen Gunsten umstoßen, versucht es die Unterlassungsfünden des Versailler Vertrages gut zu machen. Französisch ist dabei nur, daß die Methoden der französischen Politik das Gegenteil des Gewollten erreichen, daß sie tiefere Gegensätze schaffen, die vor dem nicht da waren, kurzum, daß Frankreich um seine Zukunft zu „sichern“, geradezu selbstmörderische Mittel wählt.

Noch hat der „Friede“ von Versailles die ziffernmäßige Überlegenheit Deutschlands nicht so berrindert, als man es an der Seine für notwendig erachtet. Noch erkennt man mit innem Schaudern jenseits der Ozeane, daß die deutsche Wirtschaftskraft ungebrochen ist, daß der Lebenswille Deutschlands sich möglicherweise noch stärker äußert als er es schon vor dem Kriege getan. Verzweifelt fragt man sich in Frankreich, was man denn eigentlich erreicht hat. Diese Stimmung ist an sich begreiflich. Sie wird durch harte und unerbittliche Tatsachen erzeugt, deren wichtigste der erneute Stillstand im Bevölkerungswachstum ist.

Der französische Geburtenüberschuß betrug, wie François-Marsal auf der erwähnten Tagung ausführte, im Jahre 1913 58 914, stieg im Jahre 1920 auf 150 790, um im Jahre 1922 wieder auf 70 579 zurückzugehen, trotz wesentlicher Zunahme der Geburten. Nicht lange, und die Bevölkerungszunahme wird einen Fehlbetrag aufweisen, denn die wachsende Verteuerung der Lebenshaltung, die Wohnungsschwierigkeiten, die steigende Steuerbelastung, die Unsicherheit der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse wird dem „Rein-Kinderstern“ dauernd neue Anhänger zuführen.

So ist die Lebenskraft Frankreichs im strengen Schwinden begriffen und nicht nur gute Patrioten sind in größter Sorge um kommende Möglichkeiten. Über 800 000 Mann hält das Land gegenwärtig unter den Waffen, um eine angebliche deutsche Bedrohung im Keim zu ersticken zu können. „Und doch wird 1936 Deutschland doppelt soviel Wehrfähige haben wie wir“, ruft Marsal aus! Wirtschaftlich zeigen sich die einschneidenden Folgen bereits recht deutlich in dem zunehmenden Arbeitermangel. Italiener fördern unsere Kohlen, Spanier arbeiten in unseren Weinbergen und Polen kommen zur Ernte! Herr Marsal hätte noch weitere Beispiele für das Eindringen fremder Arbeitskräfte nennen können.

Aber der erschöpfende Zeugnisswille hat noch weitere Wirkungen. „Er tötet unsere Energie, lähmt unsere wirtschaftliche Initiative, fuhrt der Redner aus. „Nach liegen große Strecken besten landwirtschaftlichen Bodens ungebaut. Die Entwicklung unserer Wasserkraften steht noch in den Kinderschuhen, die Erschließung der reichen Erzlager in der Normandie ist noch kaum in Angriff genommen. Der industrielle und kaufmännische Bagamut fehlt.“ Das sind die Folgen des „Ein-Kindersterns“. Alte, schon vor dem Kriege gehörte Klagen, doppelt ernst aber heute, wo auch Frankreich wesentlich veränderten Verhältnissen innen und außen gegenübersteht, wo der Kampf ums Dasein zwischen den Nationen stärker und rücksichtsloser tobt denn je!

So begreiflich diese Sorgen Frankreichs um seine nationale Zukunft sind, so gänzlich falsch, ja das Gegenteil des Gewollten erzeugend ist die gegenwärtige in Paris betriebene Politik. Die Methoden eines Poincaré können niemals zur „Eidenschaft“ führen, sie bedeuten Selbstmord. Der Tag wird kommen, da dem französischen Volke diese bittere Wahrheit dämmern wird, möge dann nicht bereits schon Unwiderbringliches verloren sein.

Kurze Nachrichten.

Düsseldorf, 2. Juni. Als Nachspiel zum Schlageter-Prozess mußten unter der Anklage der Spionage die Mitglieder der sogenannten Gruppe Lorenzen vor dem französischen Kriegsgericht erscheinen. Das Urteil lautete gegen Sanders, der nicht

bestritt, zur Gruppe Lorenzen gehört zu haben, aber erklärte, nur gelegentlich Aufträge an ihre Mitglieder weitergegeben zu haben, auf zehn Jahre Gefängnis, gegen Jänede, der seinerzeit aus Oberschlesien ausgewiesen war, auf fünf Jahre, gegen Maragrat auf zwei Jahre, gegen Weillant auf sechs Monate Gefängnis und je eine Million Mark Geldstrafe. Der fünfte Angeklagte, Sorge, der frühere Führer des Selbstschutzes in Mülheim wurde freigesprochen. Abgesehen von Weillant verurteilten die Angeklagten bei den Verhandlungen nicht mehr, die Anklage zu entkräften. Die Verteidiger setzten in längeren Ausführungen im Anbetracht der Jugend und Unwissenheit sich für eine milde Beurteilung bzw. für Freisprechung ein.

Badische Übersicht.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Ämtlich wird uns mitgeteilt: Auf dem Arbeitsmarkt ist, im ganzen betrachtet, keinerlei Besserung zu verzeichnen. Wiederaufnahme des Betriebs, Übergang zur Vollarbeit an einem Ort stehen Betriebsstilllegung bzw. Kurzarbeit am andern Ort gegenüber.

Unter dem Einfluß der Wertenerwertung der letzten Periode zeigt die Pforzheimer Schmelzwarenindustrie weiter ansteigende Geschäftstätigkeit und als Folge davon Abnahme der seitlichen Kurzarbeit d. h. Übergang zur Vollbeschäftigung bei 66 Firmen; 46 Firmen mit zusammen 1109 Personen haben sogar Überarbeit eingeführt.

Auf den übrigen Marktgebieten ist die Lage gegenüber der Vormoche im großen Ganzen unverändert. Der schon seit langem bekannte Mangel des Angebots an landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Kräften hält weiter an.

Der Badische Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen

hielt am gestrigen Sonntag im Sitzungssaal des Landtages seinen 11. ordentlichen Verbandstag ab. Derselbe war gut besucht; auch verschiedene Vertreter des Arbeitsministeriums waren zugegen. Zunächst wurde der Jahresbeitrag auf 1000 Mark für jedes angefangene Hundert von Mitgliedern einer Genossenschaft erhöht. Der Verband zählt augenblicklich 128 Vereinigungen (darunter eine V.-G. und zehn G. m. b. H.) mit zusammen 33 800 Mitgliedern. Nach allgemeinen geschäftlichen Mitteilungen des Landesvorsitzenden Fähringer (Karlsruhe-Grünwinkel) äußerte sich Verbandsvorstand Schindler über seine vielfältige Revisionstätigkeit, wobei er im Interesse der Geschäftsführung der Genossenschaften manche beachtenswerte Anregungen gab. Trotz der schwierigen Lage auf dem Baustoff- und Geldmarkt sei im verflochtenen Jahre viel zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen worden. Wollen wir aus dem Wohnungselend herauskommen, so sei es einzig und allein durch die Erstellung neuer Wohnungen möglich und zwar auf der Grundlage der Gemeinnützigkeit. In diesem Sinne würden alle Bevölkerungskreise, Regierung und Behörden zur Mithilfe aufgerufen. Der Vorsitzende bedauerte in diesem Zusammenhang die späte Verabschiedung des Wohnungsabgabegesetzes durch den Reichstag. Oberregierungsrat Schach hielt dann ein Referat über die Baubanknoten 1923. Es war ein trübes Bild, das er in bezug auf die Bauausfichten eröffnete. Von einer Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen könne keine Rede sein. Auch sie würde eine nennenswerte Belebung der Bauwirtschaft nicht bringen, da das Risiko viel zu groß sei. Andererseits müßten die Mieten auf das 5-6000fache der Friedensmieten steigen und das wäre gleichbedeutend mit einer Revolutionierung der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse. Zu Boden ständen 11 Milliarden auf Grund der Wohnungsabgabe zur Verfügung, womit der Bau von nur etwa 1400 neuen Wohnungen unterstellt werden könnte. Der Redner betonte, daß man aus begrifflichen Grün-

Aus dem frommen München.

München, Ende Mai.*

München war seit den frühesten Zeiten des Mittelalters ein Hort des katholischen Christentums in deutschen Landen. Die in Vollenlinie sich bewegende Kultur, Ethik und Blut wahrer Frömmigkeit, religiöser Bildung, Aufrichtigkeit und Toleranz, auf der Schattenseite Aberglauben, grauamiger Dogmatismus und Intoleranz könnten an der Kulturgeschichte der bayerischen Hauptstadt wie an einem Brennpunkte studiert und erläutert werden. Bis in die letzten Jahre bestimmt in München und Bayern die religiöse Überzeugung und der Charakter der Landesfürsten dieses Auf und Ab der religiösen Bildung und Machtentfaltung: „Cuius regio eius religio“ — wie der Herrscher, so die Religion — dieser Leitfaden der Glaubenskämpfe des ausgehenden Mittelalters blieb mit gewissen konstitutionellen Einschränkungen bis in unsere Tage für München und Bayern vielleicht maßgeblicher als in allen anderen Teilen Deutschlands. Nach der Regierungszeit des beliebten Kurfürsten Max Josef, der der Aufklärung im besten Sinne zuneigte und namentlich den Volksschulunterricht zu fördern trachtete, kam in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein schwerer Rückschlag in die Bewusstseinsnot und den Verfolgungswahn des dunklen Mittelalters: das Regiment des hier unbeliebten, künftigen, aber von kirchlichen Einflüssen beherrschten Kurfürsten Karl Theodor aus Mannheim-Kurspalz, der seinem Reichvater, dem Jesuiten Vater Franz, und seinem intriganten und gewalttätigen Geheimrat Eblen von Lippert fast unumchränkte Gewalt einräumte und die Aufriehung eines Inquisitionstribunals gestattete, das diesen schaurigen Sondergerichten im alten Spanien an die Seite zu stellen ist. Das Gegengewicht, der aus Mannheim mit herübergekommenen Kabinettssekretär des Fürsten, Freiherr v. Stengel, der Stammbater der bekannten bayerischen Diplomatenfamilie Stengel, war zu schwach; der verständige und einigermassen gebildete Teil des Münchener Bürgertums, gering an Zahl und kraftlos, wehrte sich vergeblich gegen die geistige Unterdrückung, die von dem vor Vater Franz zitternden Hof ausging. Unser bayerischer Historiker Karl v. Heigel hat uns aus diesen kulturgeschichtlich allgemein anregenden Zeiten, die durch die Ausstrahlungen der französischen Revolution noch verwickelter wurden, ungemein wertvolle Schilderungen hinterlassen, und der begabte Romanhistoriker Hermann v. Schmid (gest. 1880) zeichnet in seiner früher vielgelesenen und heute noch lesenswerten Münchener Geschichte „Mein Eden“ ein Bild jener bewegten letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts, das verschiedene reizvolle Parallelen mit unserer säkularisierten Gegenwart gestattet.

* Dieser Artikel ist vom Standpunkt eines liberalen Politikers geschrieben. Man kann dennoch über einzelne Punkte natürlich auch ein anderes Urteil geben, als es hier abgegeben wird. Red.

Auf Karl Theodor folgte die nach der anderen Seite hin mitunter zu weit ausschlagende Aufklärungszeit des ersten bayerischen Königs Maximilian I. und seines freigewählten Ministers Montgelas. Dann wieder Reaktion, wechselläufig mit dubiofameren Strömungen, die darin gipfelten, daß man dem nichtkatholischen Volksteil durch eine protestantische Königin Rechnung zu tragen wagte. Unter dem letzten bayerischen König Ludwig III., dessen strengkatholisches, patriarchalisches Familienleben vom staatlichen Vorbild diente, mußte der Merkantilismus in mancher Beziehung seine Macht zu gebrauchen. So wurde die Feuerbestattung in Bayern nur nach langen erbitterten Kämpfen und mit Klauseln zugelassen, die auf eine mögliche Unterdrückung hinausliefen. Nach den fast nur nach Monaten zählenden, übertriebenen „Aufklärungszeit“ der Revolution ist es bezeichnend, daß das bayerische Kultusministerium z. B. gerade in der Feuerbestattungsfrage eine Reordnung (zweite Leichenfeier durch einen Amtsarzt) erlassen hat, die durch willkürliche Gebühren eine abschreckende Wirkung ausüben soll. In den letzten Tagen ist dagegen vom Münchener Stadtrat eine entschiedene Protestbewegung eingeleitet worden, während die kirchlichen Organe fortwährend ihre unzulässige Überzeugung durch beschimpfende Glossen auf die „Leichenverbrennung“ und die bösen „Leichenbändler“ fund zu tun.

Der Monat Mai steht in München im Zeichen einer schönen, poetischen Frömmigkeit, der sich nur der entziehen kann, der mit billiger „Aufklärungs-“ und Spottlust gemüthollen religiösen Stimmungen entgeht. Der Kult der Patrona Bavaria, der jungfräulichen Gottesmutter Maria, findet in den abendlichen Mariandachten der Pfarrkirchen sinnigsten Ausdruck. Verschiedene musikkundliche Pfarrherrn haben sich trotz der Unannehmlichkeiten in den geschmückten und festlich beleuchteten Kirchen, unter denen bellantlich manche Verle der Bau- und Raumkunst für solche Zwecke den unvergleichlichen Rahmen abgibt, zu heute doppelt segensreichen Veranstaltungen der Erhebung und des Trostes, des Glaubens und der himmlischen Liebe ausgebildet.

In diesem Jahre feiert auch der Patronus Bavaria, St. Venno, in München ein Jubiläum. Am 31. Mai wird das 400jährige Jubiläum seiner Heiligsprechung in München Dom, der Frauenkirche, wo seine Reliquien ruhen, festlich begangen. St. Venno, der um das Jahr 1068 zum Bischof von Meissen ernannt worden war, hatte, in den Kampf Heinrichs IV. mit Papst Gregor VII. verwickelt, schwere Verfolgungen zu erdulden. Von ihm erzählt die Legende — ähnlich wie „der Ring des Polykrates“ — eine wunderbare Wiederauffindung des Schließels zu seinem Dome. Als Venno aus Meissen fliehen mußte, soll er seine Kathedrale gesperret und den Schlüssel in die Elbe geworfen haben. Als er wieder in Frieden nach Meissen zurückkehren konnte und als schlichter Pilger in einer Schenke einkehrte, fand man den Kirchen-schüssel, in dem Leibe eines Fisches, der ihm vorgelegt werden sollte. — Der Meißener Dom wurde wegen des Grabes seines frommen Bischofs Venno zum vielbesuchten Wallfahrtsziel. Am 31. Mai 1523

war Bischof Venno von dem deutschen Papst Adrian VI., dem Lehrer Kaiser Karls V., heilig gesprochen worden. Aus dem bilderdürftigen Gesahren der Reformation wurden seine Gebeine schließlich 1576 nach München gerettet, wo sie, mit kurzer Unterbrechung während der Schmebenzeit, im Dome zu unserer lieben Frau aufbewahrt und gewahrt worden. Die größte, uralte Glode der Frauenkirche, dieses Münchener Wahrzeichens, hing mit ihren gewaltigen, tiefen Tönen heute noch das Lob des Heiligen, der 1580 von der Kangel herab als Schutzpatron Münchens und Pa herns feierlich verkündet worden war. Das Jubiläum muß heuer freilich ohne den Münchener Erzbischof, Kardinal Faulhaber gefeiert werden der gegenwärtig in Amerika weilt, um sich für die amerikanischen Liebeswerke zu bedanken. Faulhaber war bellantlich schon während des Krieges einer der führenden Geister i katholischen Lager; er hat mit Rat und Wort, manchmal nicht unangefochten, seinem Vaterlande treue Dienste geleistet. Deshalb finden auch die aus feindlichen Quellen stammenden Ausstreunungen über angeblich bedenkliche politische Äußerungen des Kardinals mit Recht wenig Glauben.

Der Krieg und die Revolution haben doch auch in München die zum konfessionellen Streit sonst nur zu aufgelagerten Gemüter und intoleranten Heißhorne soweit befähigt, daß das in kulturhistorischer Beziehung ebenfalls sehr bemerkenswerte Jubiläum des fünfzigjährigen Bestandes der Alt-katholischen Gemeinde zu Pfingsten ohne störende Ausfälle gefeiert werden konnte. Der Münchener Gelehrte Ignaz Döllinger war der Vorkämpfer der kirchlichen Kreise gewesen, die sich gegen den von dem vatikanischen Konzil vom 18. Juli 1870 aufgestellten neuen Glaubenssatz von der Unfehlbarkeit des Papstes wandten. Der junge Geistliche der neuen Kirchengemeinde, die sich Alt-katholiken nannten, Anton Gabenmeier, konnte am 25. Mai 1873 seine Messe in einem alten, idyllischen Kirchlein „am Gastweg“ lesen, das dem Komitee für die katholische Reformbewegung von der Stadt überlassen worden war. Später sorgte kirchliche Unbilligkeit dafür, daß der alt-katholischen Gemeinde die Befugnis zur Benutzung des Kirchleins wieder entzogen wurde; in einem zu einer Kirche umgebauten großen Atelier an der Kaulbachstraße fand die Gemeinde dann ihren gottesdienstlichen Raum. Aber erst 1910 erhielt die Gemeinde die Erlaubnis zum Glodengestaltung und zum öffentlichen Auftreten der Geistlichen in Kostgewändern. Als die kurz vorher an der Blumenstraße erbaute anglikanische Kirche infolge des Krieges keine Verwendung mehr hatte, wurde sie den Alt-katholiken anvertraut. Hier feierten sie ihr würdiges Fest, während unten in Schwabing, an der Kaulbachstraße, der kleine Glodenschlüssel auf dem Dache der alt-katholischen Kirche abgetragen wurde, wo die kleinen Gloden so lang durch konfessionelle Unbilligkeit feigenagelt waren. Der alte Betsaal wird eben in einen Konzertsaal umgewandelt.

Der 31. Mai aber brachte in München das große, zu fast internationaler Anziehungskraft gediehene katholische Fest, die große, wirklich lebens- und bewundernswerte Fronleichnamspromession.

Dr. Friedrich Röhl.

